

Aus dem Inhalt:

- 0 Rechnungsabschluss
- 0 Psychische Unterstützung
- 0 Internationaler Frauentag
- 0 Minex-Gutachten
- 0 Kriegsgefahr Ukraine

100 Jahre KPÖ-Knittelfeld

Seit 100 Jahren für die Menschen, für Frieden und soziale Gerechtigkeit!

Am 21. Februar feierte die KPÖ-Knittelfeld ihren 100. Gründungstag, außerdem feiern wir am 15. Mai den 130. Geburtstag ihres Gründers, Johann Koplenig, der später Vorsitzender der KPÖ und 1945 Vizekanzler der provisorischen Regierung wurde.



Am 21. Februar 1921 wurde im damaligen Gasthaus Schöberl am Hauptplatz 7 (heute Standort der Sparkasse) unter der Führung von Johann Koplenig, die KPÖ-Knittelfeld gegründet. Zwischen 20 und 30 Genossinnen und Genossen gehörten der Organisation anfangs an.

Von den GenossInnen die mit ihm die KPÖ-Knittelfeld gegründet haben sind uns nur mehr wenige Namen bekannt: Darunter waren Josef Kühberger, Sofie Handschur und Karl Mödritscher. Im Jahr 1923 wurde Johann Koplenig Landessekretär und übersiedelte nach Bruck/Mur. Zu dieser Zeit hatte die Organisation in Knittelfeld bereits 60 Mitglieder.

Anitfaschistischer Widerstand

Die KPÖ war in Knittelfeld die treibende Kraft im Widerstand gegen den Austro- und den Hitlerfaschismus. Viele SozialdemokratInnen traten nach dem Bürgerkrieg im Februar 1934 der KPÖ

bei. Einige unserer GenossInnen verbrachten lange Zeit in Gefängnissen und Konzentrationslagern, oder bezahlten ihren Kampf mit dem Leben. Stellvertretend für alle Opfer nennen wir Heinrich Gärtner, Josef Kohl und Josef Fritz. In unserem Parteiheim in der Friedensstraße 10 hängen Bilder und Dokumente um uns an diese GenossInnen zu erinnern.



Denkmal für die WiderstandskämpferInnen in der Bahnstraße

Nach der Befreiung war die KPÖ, gemeinsam mit SPÖ und ÖVP, auch in Knittelfeld am Wiederaufbau beteiligt. Ab 1945 war Hans Kühberger Bezirkssekretär in Knittelfeld.

KPÖ im Gemeinderat

Ihm folgte 1957 Leopold Pacher. Über Jahrzehnte hat er die Interessen der KnittelfelderInnen auch im Gemeinderat vertreten. Unterstützt wurde er von Gemeinderäten wie zum Beispiel Josef Cebus, Alois Hnuta oder Rudolf Stornig.

Dieser Weg wurde von Renate Pacher zusammen mit Sonja Karimi und Franz Moharitsch weitergeführt und von der Knittelfelder Bevölkerung im Jahr 2010 auch mit einem Stadtratsmandat belohnt. Elisabeth Lammer, Elvir Kujovic und Sylvia Lammer waren in den letzten Jahren tätig. Seit 2020 ist Josef Meszlenyi Bezirkssekretär und auch KPÖ-Gemeinderat.



Sonja Karimi, Leopold Pacher, Renate Pacher

Neben der Arbeit im Gemeinderat hat sich die KPÖ in Betrieben, in vielen Aktionen und Bewegungen bemüht die Interessen der Menschen zu vertreten. Franz Rosol in der Austria Email oder Josef Fritz bei den ÖBB sind nur einige Beispiele.

Die Bewegung gegen den Ankauf der Draken mit der Menschenkette von Knittelfeld nach Zeltweg war einer der Höhepunkte unserer Aktivitäten. Auch gegen den Ankauf der Eurofighter, die Mülldeponie im Murwald, gegen die Schließung

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ➔

der Chirurgie in Knittelfeld, die Schließung der Küche im Landespflegezentrum oder für die Schaffung einer Krisenwohnung waren wir aktiv.

Helfen statt reden

Durch unsere Mietrechts- und Sozialberatungen und unseren KPÖ-Sozialfonds konnten wir vielen helfen. Solidarität ist uns wichtig, denn wir meinen die Menschheit kann nur in einer Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen und der Natur wichtiger sind als der Profit, in eine gute Zukunft gehen.

Frieden ist nicht alles - aber ohne Frieden ist alles nichts. Deshalb setzen wir uns für Frieden, Abrüstung Solidarität und Völkerverständigung ein.

Die KnittelfelderInnen können sich seit 100 Jahren darauf verlassen, dass die KPÖ auf ihrer Seite steht - und das wird auch in 100 Jahren noch so sein.



Nachdem uns die Corona-Pandemie daran hindert die Jubiläen gebührend zu feiern, werden wir das Fest im nächsten Jahr nachholen.

Für eine Koplenig-Straße

Johann Koplenig war der ranghöchste Politiker der jemals in Knittelfeld gewirkt hat. Er hat einen wesentlichen Beitrag für das Entstehen eines freien und unabhängigen Österreichs geleistet.

Seit Jahren wurde uns von mehreren Knittelfelder BürgermeisterInnen versprochen, dass es eine Johann Koplenig-Straße geben wird. KPÖ-GR Josef Meszlenyi hat in der Gemeinderatsitzung an dieses Versprechen erinnert. 2021 - 100 Jahre KPÖ-Knittelfeld - wäre eine gute Gelegenheit das Versprechen einzulösen.

Johann Koplenig - Vom Knittelfelder Schuster-gesellen zum Vizekanzler

Johann Koplenig, geboren in Kärnten, kam als gelernter Schuster in unsere Region und war mehrere Jahre in der Arbeiterbewegung des Aichfelds aktiv. Unter anderem war er auch unter den GründerInnen der sozialistischen Jugendorganisation in Knittelfeld.



Johann Koplenig, 2. von li. mit Leopold Pacher, 4. von li. im Kinderland-Ferienlager am Turnersee

Durch die Schrecken des 1. Weltkriegs wurde er in Russland Kommunist. Bei seiner Rückkehr wurde ihm von der SPÖ eine Stelle als Wahlkreissekretär angeboten, er lehnte ab und begann die KPÖ aufzubauen.

Zuerst begann er beim Gemeindevirtschaftsamt zu arbeiten. Nachdem er für die Wahlen eine Versammlung organisiert hatte, die von SPÖ-Funktionären getürmt wurde und bei der im Gedränge die Stimmzettel für die KPÖ verloren gingen (Damals musste jede Partei vorgedruckte Stimmzettel verteilen), wurde er bei der Gemeinde entlassen. Er ließ sich davon aber nicht beirren. Er war zu dieser Zeit oft arbeitslos und lebte mit seiner Frau in einer Baracke in der Industriestraße 25.

Koplenig wird Parteivorsitzender

Im Jahr 1923 wurde Johann Koplenig Landessekretär der KPÖ und übersiedelte nach Bruck/Mur, noch im selben Jahr wurde er an die Spitze der KPÖ gewählt und führte sie durch die schwierigste Zeit, den Widerstand gegen den Faschismus.

Aus dem Exil in Russland kämpfte er für ein freies und demokratisches Österreich. Er setzte sich in Moskau dafür ein, dass Österreich als Opfer des Hitlerfaschismus eingestuft wurde, was für den Erhalt des Staatsvertrags wichtig war. Er gehörte 1945 der provisorischen Regierung als Vizekanzler an und unterzeichnete als solcher die Unabhängigkeitserklärung Österreichs und war bis 1965 Vorsitzender der KPÖ.

Übrigens war noch ein zweiter Knittelfelder, Hermann Lichtenegger, nach 1945 für die KPÖ in der neuen Regierung Unterstaatssekretär für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr.

Aktion „Sauberes Knittelfeld“



KPÖ-GR Josef Mezlenyi und ÖVP-GR Herbert Grangl in „Aktion“

Auch die Gemeinde Knittelfeld hat beim „Großen steirischen Frühjahrsputz“ mitgemacht. Die Bevölkerung und der Gemeinderat war aufgerufen mitzumachen. Es wurden wieder große Mengen an Müll eingesammelt - leider. Hier zeigt sich, wie sinnvoll eine verpflichtende Einführung von Pfandsystemen und der Ausstieg aus dem Plastik wäre.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 5. Mai

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Verlängertes Gratis-parken - leider Nein

Vor den Gemeinderatswahlen wurde medienwirksam berichtet, dass zur Unterstützung der Geschäfte in der Corona-Krise die Parkgebühren in der Innenstadt ausgesetzt werden. Dafür wurden eigene Parkuhren mit der Unterschrift des Bürgermeisters gedruckt.

Mit Ende Dezember ist die Aktion ausgelaufen. Die Probleme durch die Corona-Pandemie sind aber keinesfalls vorbei. Deshalb habe ich im Februar im Gemeinderat angeregt, dass die Parkgebührenreaktion fortgesetzt wird.

Damit alles möglichst rasch über die Bühne gehen kann haben wir auch vorgeschlagen die Verlängerung per Umlaufbeschluss (ohne Einberufung einer Gemeinderatssitzung) zu beschließen. Der Bürgermeister erklärte, er werde das prüfen. Geschehen ist leider nichts.

Deshalb habe ich in der letzten Gemeinderatssitzung nachgefragt, aber keine klare Antwort erhalten. Ich finde es sehr schade, dass unser Vorschlag nicht aufgegriffen wurde. Der Gemeinderat von Judenburg hat beschlossen die Gratis-Parkaktion bis Ende Mai zu verlängern.

Leider habe ich oft das Gefühl, dass manche Anliegen nur vor den Gemeinderatswahlen wichtig waren und Vorschläge weniger Chancen haben wenn sie von Oppositionsparteien kommen. Das finde ich sehr schade...

**... meint Ihre KPÖ-Gemeinderätin
Sonja Karimi**



Rettet die Kinder vor den Ratten und dem Elend!



Die Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln ist menschenwürdig. Es wurde berichtet, dass Kinder in der Nacht Bisswunden von Ratten erleiden.

Kirchen, viele Menschen und Organisationen richten Appelle an die Bundesregierung und an den Bundeskanzler zumindest einige Familien in Österreich aufzunehmen.

Die KPÖ hat den Antrag gestellt der Gemeinderat solle von der Bundesregierung die Aufnahme einiger Familien aus den griechischen Flüchtlingslagern fordern.

So ein Antrag wurde breits von vielen Gemeinden beschlossen. In Knittelfeld hat nur die SPÖ unserem

Antrag zugestimmt. FPÖ und ÖVP waren dagegen. Die ÖVP erkläre man halte sich an die Linie der Bundesregierung. Ein Sieg der Parteitreu vor der christlichen Nächstenliebe.

Dass die ÖVP den vielen Appellen nicht Folge leistet ist aber nicht nur Hartherzigkeit, sondern vor allem politisches Kalkül. Bundeskanzler Sebastian Kurz geht es vor allem um die WählerInnen der FPÖ. Die haben ihm bei den letzten Nationalratswahlen zu einem großen Sieg verholfen - und dieses Wählerpotenzial will er sich mit allen Mitteln erhalten - den Preis dafür zahlen die Kinder in Moria.

Langfristig ist nur eine Lösung möglich wenn Kriege, Waffenlieferungen, Kriegshetze und das Schaffen von immer neuen Feindbildern beendet werden und die Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive haben. Das neutrale Österreich kann dazu einen Beitrag leisten.

Rechnungsabschluss für 2020: Zu wenig Geld für die Gemeinden, kein Gebührenstopp, hohe Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 2020 ist der erste Rechnungsabschluss, der nach dem System der Doppik erstellt wurde. Das Rechenwerk, in dem enorm viel Arbeit und damit auch hohe Kosten stecken, ist auf 574 Seiten angewachsen.

Für einen Laien ist das kaum mehr zu überblicken. Die Gemeindefinanzen sind damit noch komplizierter und damit undemokratischer geworden. Das allein wäre schon Grund genug den Rechnungsabschluss abzulehnen. Aber selbstverständlich gibt es noch andere Gründe.



Die Gemeinde hat vom Bund im Coronajahr um rund 1,2 Millionen Euro weniger an Ertragsanteilen erhalten als ursprünglich veranschlagt. Das „koste es was es wolle“ des Bundeskanzlers gilt also nicht für die Rettung der von der Coronakrise stark betroffenen Gemeindefinanzen.

Dass die Gemeinde im Ergebnishaushalt nur ein Minus von rund 9.600 Euro aufweist ist auch auf einen bedeutenden Rückgang der Aufwendungen um rund 3,6 Millionen Euro zurückzuführen. Viele Vorhaben wurden nicht umgesetzt. Der Protest gegen das finanzielle Aushungern der Gemeinden ist ein weiterer Grund für unsere Ablehnung des Rechnungsabschlusses. Aber auch gemeindeintern gibt es Kritikpunkte.

460.000 Euro für den Gemeinderat

Für die GemeindefunktionärInnen und Mitglieder des Gemeinderates wird die stolze Summe von mehr als 460.000 Euro ausgegeben. Leider wurde unser Antrag zur Senkung der Bezüge der Ausschussvorsitzenden von SPÖ,

ÖVP und FPÖ abgelehnt. Das wäre gerade in der Corona-Krise ein positives Signal an die Bevölkerung gewesen.

Noch unverständlicher ist es, dass SPÖ, ÖVP und FPÖ, gerade im Corona-Jahr, die Bezüge der ReferentInnen um 150(!) Prozent erhöht haben. Das alles findet sich im Rechnungsabschluss - und dem können wir natürlich nicht zustimmen.

Trotz Rücklagen kein Gebührenstopp

Bei der Abwasserentsorgung gibt es Rücklagen von mehr als einer Million Euro. Bei der Wasserversorgung sind es, inklusive des inneren Darlehens, sogar 1,4 Millionen. In der Corona-Krise haben es viele Menschen besonders schwer über die Runden zu kommen. Ein wesentlicher Preistreiber sind die Betriebskosten.



Angesichts der Höhe der Rücklagen sollten eigentlich Gebührensenkungen angedacht werden. Leider verhallte sogar unser Appell wenigstens die jährlichen automatischen Gebührenerhöhungen auszusetzen ungehört.

340.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit

Für die Gemeindezeitung und für Öffentlichkeitsarbeit wurden rund 340.000 Euro ausgegeben. Zum Vergleich, der Corona-Hilfsfonds ist mit 60.000 Euro dotiert. Dass diese öffentlichen Gelder neben der Information der Bevölkerung auch gerne für die Präsentierung des Bürgermeisters und der SPÖ-

GemeinderätInnen verwendet werden ist zwar nichts neues, wird aber unter der jetzigen Gemeindeführung besonders intensiv betrieben.

Andere Fraktionen nur selten eingeladen

Dass die anderen Fraktionen auch zu gemeinsam beschlossenen Projekten, wie z.B. zur Besichtigung der Krisenwohnung, nicht eingeladen wurden, dass für Aktionen - wie die Futterspende für das Tierheim - nur SPÖ-GemeinderätInnen herangezogen wurden, (was auch deshalb schade ist, weil dadurch weniger Futterspenden eingegangen sind) oder dass bei der Präsentation des Projekts „Kultur!Schau!Fenster“ nur der SPÖ-Fraktionsführer zugegen war ist nicht sehr demokratisch und kein guter politischer Stil.

Besonders bedenklich ist eine solche Vorgangsweise aber wenn es um Gedenkveranstaltungen geht. Denn hier geht es vor allem um die Würdigung der Opfer. Das Totengedenken am Friedhof und beim KZ-Denkmal in der Bahnstraße wurde offiziell abgesagt. Der Bürgermeister hat medienwirksam die Gedenkstätten besucht, begleitet vom SPÖ Fraktionsführer, an die anderen Fraktionen erging allerdings keine Einladung.



Die Bombardierung Knittelfelds am 23. Februar 1945 war eine der größten Katastrophen in unserer Stadt. 235 Menschen wurden getötet, Knittelfeld zu 70 Prozent zerstört. Das Gedenken an diese Tragödie ist fixer Bestandteil unserer Gedenkkultur. Nun fand, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, eine Gedenkveranstaltung statt. Der ORF wurde eingeladen, die anderen Fraktionen nicht.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ➔

Die Ausgrenzung der anderen Fraktionen zeigt, dass die Selbstdarstellung offensichtlich wichtiger ist als ein gemeinsames würdevolles Gedenken an die Opfer - das ist sehr bedauerlich.

Dass wir auf Grund dieser Kritiken dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen versteht sich wohl von selbst. Er wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.



Nachdem keine Einladung der Gemeinde erfolgt ist hat die KPÖ-Gemeinderatsfraktion Blumen zum Denkmal in der Lobminger Straße gebracht und der Opfer gedacht.

Die Geschichte unserer Stadt verpflichtet uns jederzeit gegen Krieg und Aufrüstung einzutreten

Eröffnungsbilanz und Doppik: Grundlage für Privatisierungen

Die Gemeindefinanzen wurden auf das System der Doppik umgestellt. Ein Buchungssystem, das in der Privatwirtschaft angewendet wird. Eine Umstellung, die sehr kosten- und zeitintensiv war und zu der die Gemeinden per Landesgesetz zwangsverpflichtet wurden.

Mit der Einführung der Doppik wurden die Gemeinden auch verpflichtet eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. In aufwendigen Vorarbeiten mussten alle Vermögenswerte - von den Gemeindestraßen bis zum Schreibtisch des Bürgermeisters finanziell bewertet werden.

Damit wurde das Vermögen der Gemeinden erfasst und ist damit für Privatisierungsgelüste sichtbar. Die Gemeinden sind nun untereinander vergleichbar und können bewertet werden. Das kann Auswirkungen auf die Bonität und damit auf die Höhe von Kreditzinsen haben. Dahinter steht die neoliberale Idee Gemeinden wie Unternehmen bewerten zu können.

Das erste europäische Land, das die Doppik auf kommunaler Ebene eingeführt hat, war bezeichnenderweise Großbritannien in den 60-er Jahren. Dadurch wurde die Grundlage für die Politik der Thatcher-Ära geschaffen, die mit der Privatisierung eines Großteils der kommunalen Leistungen einherging.

Nicht zuletzt wird auch die Grundlage geschaffen Gemeinden in Konkurs schicken zu können. Das alles muss nicht passieren, aber es gibt Länder (USA, Ungarn, Estland) in denen es bereits passiert ist. Die Einführung der Doppik ist letztlich ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung. Die KPÖ hat die Eröffnungsbilanz aus all diesen Gründen abgelehnt.

Gemeinde gründet Bestattungs-Ges.m.bH.

Der Gemeinderat hat die Gründung eines gemeindeigenen Bestattungsunternehmens beschlossen. Der Betrieb wird in Form einer Ges.m.b.H. geführt. Eine Rechtsform die für unsere Gemeinde völlig neu ist. Zur Geschäftsführerin wurde Frau Amra Haller bestellt. Ein gemeindeeigenes Bestattungsunternehmen ist eine gute Idee, durch die Form einer Ges.m.b.H gehen dem Gemeinderat allerdings wichtige Entscheidungskompetenzen verloren.

Wichtige Entscheidungen, wie die Tarife oder Personalaufnahmen entscheidet nicht mehr der Gemeinderat. Die Stadtgemeinde Leoben führt ihr Bestattungsunternehmen im Rahmen der Stadtwerke als Eigenbetrieb. Der Gemeindebund hat darauf hingewiesen, dass Eigenbetriebe die günstigste und demokratischste Form von Gemeindebetrieben seien.

Wir waren der Meinung um die Geschäftsform noch einmal ausreichend diskutieren zu können sollte der Tagesordnungspunkte vertagt werden. Das wurde abgelehnt.

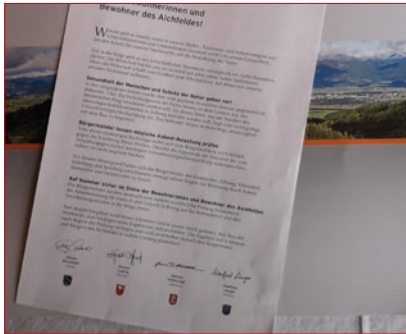
Nachdem wir ein gemeindeeigenes Bestattungsunternehmen für eine gute Sache halten haben wir der Gründung dennoch zugestimmt. Wir werden im Auge behalten ob dieser Gemeindebetrieb günstige Tarife für die Bevölkerung anbieten wird.



Minex: SPÖ lehnt öffentliche Diskussion ab!

Gegen die Errichtung des Minex-Werks in Zeltweg hat sich eine sehr aktive Bürgerinitiative gebildet, die mehr als 3.000 Unterschriften gesammelt hat. Viele Menschen sind besorgt. BürgerInnen, die sich engagieren brauchen viel Zeit, Durchhaltevermögen und auch finanzielle Mittel. Leider stoßen sie oft auf PolitikerInnen, deren Interesse und Unterstützung nach Wahlen merklich nachlässt.

Minex-Gutachten um 32.000 Euro



Die Bürgermeister der Gemeinden Fohnsdorf, Judenburg, Spielberg, Zeltweg und Knittelfeld haben die Bevölkerung vor den Gemeinderatswahlen informiert, dass in Sachen Minex ein Gutachten beauftragt werden

Luxusbrief auf Steuerkosten soll. Ziel sei die Klärung der Frage, ob es durch das geplante Minex-Werk zu einer Belastung durch Asbest kommen könne.

In einem Luxus-Brief der Bürgermeister von Fohnsdorf, Judenburg, Spielberg und Zeltweg, eingelegt in Karton und verschickt in A4-Kuverts, wurde der Bevölkerung versprochen, dass das Ergebnis „den Bürgerinnen und Bürgern des Aichfeldes in vollem Umfang präsentiert wird“.

Im Vorfeld der für die Beauftragung benötigten Gemeinderatsbeschlüsse hat die „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Aichfeld“ darauf hingewiesen dass, um ein vollständiges Bild zu erhalten, auch Unterlagen der Bürgerinitiative mitbegutachtet werden müssen.

Unterlagen der Bürgerinitiative sind zwingend zu berücksichtigen

Da diese Vorgangsweise als sinnvoll und notwendig erachtet wurde, haben die Gemeinderäte von Knittelfeld und Spielberg einstimmig beschlossen, dass diese Unterlagen vom beauftragten Gutachter Dipl. Ing. Dr. Robert Sedlacek mitüberprüft werden müssen. Es wurden verschiedene Gutachten, Stellungnahmen, Bescheide, Anträge und Revisionen aufgelistet, die mitbewertet werden müssen. Nachdem dies als sehr wichtig angesehen wurde, ist im Spielberger Gemeinderatsbeschluss sogar festgehalten, dass dies „zwingend“ zu erfolgen habe.

Das Gutachten liegt nun vor. Allerdings wird von den vielen genannten Unterlagen nur eine in der Dokumentenliste aufgeführt, die Dr. Sedlacek als Basis seiner Beurteilungen bezeichnet hat. Es handelt sich dabei um die von der Firma Minex beauftragte und erst kürzlich zugängliche Diplomarbeit von DI R. Prevorcic. Außerdem geht aus dem Gutachten hervor, dass Dr. Sedlacek die Firma Minex kontaktiert hat und von der Firma weitere Unterlagen eingereicht wurden. Mit der Bürgerinitiative hingegen wurde vom Gutachter kein Kontakt aufgenommen.

Dr. Sedlacek hat auf diese Kritik hin in einem kurzen Schreiben erklärt, er hätte sehr wohl alle Unterlagen berücksichtigt. Allerdings ist aus dem Text des Gutachtens - bis auf die Arbeit von DI Prevorcic - nicht ersichtlich inwiefern auf die anderen Unterlagen eingegangen worden sei.

In einem von den Bürgermeistern von Knittelfeld, Spielberg, Zeltweg, Judenburg und Fohnsdorf unterzeichneten Brief erklärten diese nun, dass „seitens des geplanten Verhüttungswerkes in Zeltweg keine Gefahr für die Bevölkerung des Aichfeldes ausgeht.“

Jämmerliches Ergebnis

Die „Bürgerinitiative für lebenswertes Aichfeld“ erklärte in einer Aussendung zum Gutachten, dass wesentliche Teile ihrer Unterlagen nicht berücksichtigt wurden und stellt fest: „wesentliche Fragen bleiben unbeantwortet die Gefährdung durch Asbest dadurch NICHT GEBANNT!“ Sie spricht in diesem Zusammenhang von einem „jämmerlichen Ergebnis.“

32.000 Euro Steuergeld wurde für ein Gutachten verwendet, das nicht geeignet ist vielen BewohnerInnen unserer Region ihre Befürchtungen zu nehmen. Die „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Aichfeld“ und viele Menschen, die die Bürgerinitiative unterstützen und sich Sorgen über eine mögliche Asbestbelastung machen sind enttäuscht.



Hinter der Bürgerinitiative stehen über 3.000 Menschen, die sich Sorgen um die Gesundheit in der Region machen. Diese Sorgen müssen ernst genommen werden.

Deshalb haben ÖVP und KPÖ das Gutachten in der letzten Gemeinderatssitzung zum Thema gemacht. Die ÖVP stellte den Antrag, der Bürgermeister solle Dr. Sedlacek, Vertreter aller Gemeinderatsparteien und einen Vertreter der Bürgerinitiative zu einem Gespräch einladen um Unsicherheiten zu beseitigen und gemeinsame Vorgangsweisen zu besprechen.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Information!

Das Gutachten wurde mit öffentlichen Mitteln finanziert. Viele Menschen sind besorgt. Die KPÖ war der Meinung, die Ergebnisse müssen auch

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ↻

öffentlich diskutiert werden. Wir haben den Antrag gestellt, dass die Gemeinde eine Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der Firma Minex, der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Aichfeld“ sowie DI Dr. Sedlacek fordern soll. Diese Diskussion soll in Anwesenheit der Umweltausschüsse, der Bürgermeister und der FraktionsführerInnen der am Gutachten beteiligten Gemeinden abgehalten und **über Livestream der Bevölkerung zugänglich** gemacht werden. ÖVP und FPÖ unterstützten unseren Antrag.

SPÖ lehnt Diskussion ab

Eine Podiumsdiskussion über Livestream wäre eine gute Möglichkeit die unterschiedlichen Positionen transparent gegenüberzustellen und den BewohnerInnen der Region ein Urteil zu ermöglichen. Die Bevölkerung könnte sich auch mit Fragen einbringen. Der Antrag wurde in allen fünf Gemeinden von der SPÖ, die in den Gemeinden die Mehrheit hat, abgelehnt.

Vor den Gemeinderatswahlen wurde von den Bürgermeistern von Knittelfeld, Spielberg, Zeltweg, Fohnsdorf und Judenburg medienwirksam verkündet, dass sie die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. Nach den Gemeinderatswahlen wird - ohne Kontakt mit der Bürgerinitiative aufzunehmen - einfach erklärt dass alles in Ordnung sei. Nicht einmal das Selbstverständlichste, dass über die Ergebnisse des Gutachtens mit der Bürgerinitiative öffentlich diskutiert werden kann, wird ermöglicht.

Bezügeerhöhung: Keine Spenden an den Corona-Hilfsfonds

Der Gemeinderat hat im Vorjahr einen Corona-Hilfsfonds beschlossen der Ende März dieses Jahres ausgelaufen ist. Der Fonds war mit 60.000 Euro dotiert. Er war zur Unterstützung von KnittelfelderInnen, die durch Corona arbeitslos oder in Kurzarbeit sind, gedacht.

Heuer wurden die Gehälter der GemeindepolitikerInnen um 1,5 Prozent angehoben. Auch im Knittelfelder Gemeinderat gibt es - angefangen vom Bürgermeister bis zu den ReferentInnen - zahlreiche GemeinderätInnen die monatlich einen Bezug erhalten. Die KPÖ hat vorgeschlagen die diesjährige Erhöhung in den Coronahilfsfonds zu spenden. Wir haben alle Fraktionen ersucht dies intern zu beraten.

In der nächsten Gemeinderatssitzung haben wir nachfragt. Leider hat keine Partei unseren Vorschlag aufgegriffen. Schade, denn dadurch wären mehrere tausend Euro an Hilfsgeldern zusammengekommen.

Unsere Homepage:
www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist
auch auf Facebook

Osteraktion der Gemeinde



Am Karfreitag organisierte das Gemeindeferrat für Kinder, Jugend und Familie mit der Obfrau, SPÖ-GR Regina Biela, den Osterhasen, der in der Innenstadt und im Stadtpark Geschenke an die Kinder verteilte. Renate Pacher und Josef Meszlenyi halfen bei der Verteilung in der Innenstadt.

Leserbrief

ATB, das tut weh!

Als das Kohlebergwerk in Fohnsdorf geschlossen wurde, hat die damalige Regierung versprochen aus der Region Aichfeld-Murboden eine Musterregion zu machen. Ein Kernstück dieser Musterregion war das Motorenwerk in Spielberg. Das Werk brachte viele Arbeitsplätze, besonders für Frauen.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem ersten Direktor der ATB. Dieser meinte damals, dass Motoren immer gebraucht werden, das Werk aber, wenn es eine Zukunft haben soll, in Forschung und Entwicklung investieren muss. Statt langfristig zu planen war aber kurzfristiger Gewinn wichtiger. Das Werk wurde mehrmals privatisiert und immer mehr Bereiche ins Ausland ausgelagert. Die Motorenforschung verschwand ganz aus Spielberg und die Arbeitsplätze wurden reduziert.

Nun haben fast alle, die noch bei der ATB beschäftigt waren, ihren Arbeitsplatz verloren. Menschen die sich eine Existenz aufgebaut haben, ganze Familien die jahrzehntelang dort gearbeitet haben. Viele müssen jetzt umschulen, in Bereichen mit denen sie bisher nichts zu tun hatten, zum Beispiel die Pflege. Andere sind zu alt um überhaupt noch Chancen am Arbeitsmarkt zu haben. Sie alle wurden aus einem sicheren Umfeld gerissen und blicken in eine ungewisse Zukunft.

Diese Zusperr- und Privatisierungspolitik nimmt nicht nur den direkt Betroffenen ihre Zukunftsaussichten, sondern raubt der Region auch eine Entwicklungsmöglichkeit. Eine gesunde Region braucht eine industrielle Basis und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Leopold Pacher, KPÖ-Gemeinderat a. D., Knittelfeld

Viele Menschen brauchen Hilfe: Für einen raschen Ausbau der kostenfreien psychischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote!



Arbeitslosigkeit, Armutsgefährdung, Zukunftsängste, Überlastung, Einsamkeit und Isolation sind auch eine psychische Belastung. Die Corona-Krise hat die Situation noch verschärft.

Immer öfter und dringender weisen Fachleute in diesem Zusammenhang auf die drastische Zunahme von psychischen Problemen hin. Dramatisch ist auch die Situation vieler Kinder und Jugendlicher.

psychischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangeboten sicherzustellen. Dabei ist der notwendigen Versorgung von Kindern und Jugendlichen besonderes Augenmerk zu schenken. **2.** Bis es ausreichende kostenfreie Angebote in diesen Bereichen gibt sind Wahl- arztkosten von der öffentlichen Hand zu übernehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Das ist gut, aber eine Resolution ist nur ein Anstoß. Deshalb wäre es wichtig, dass alle Parteien sich sofort dafür einsetzen die Situation zu verbessern.

KPÖ-StR. Renate Pacher hat das Problem der mangelnden Unterstützungsmöglichkeiten auch im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie eingebracht. Die Obfrau des Ausschusses, GR Regina Biela, hat daraufhin dem Gemeinderat berichtet, dass es bereits ein erstes Netzwerktreffen mit verschiedenen Institutionen in dieser Sache gegeben habe, ein positiver Anfang.

Regelmäßige Suizidgedanken!

Die Donau Uni Krems und die Medizinische Universität Wien berichten von dramatischen Ergebnissen nach einer Befragung von rund 3000 Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren im Februar. Mehr als die Hälfte leiden unter depressiven Symptomen, jede/r sechste Befragte hat suizidale Gedanken. Die Studienleitung betont die Verzehnfachung von Symptomen und Ängsten. 16 Prozent haben regelmäßig – oft täglich – suizidale Gedanken! Die befragten jungen Menschen empfinden in beinahe jedem 2. Fall keine Lust, keine Freude mehr, Interessen und Konzentration lassen nach, sie schlafen sehr schlecht.

Zu wenig Angebote

Schon bisher war das Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebots bei psychischen Problemen keinesfalls ausreichend. Das hatte zur Folge, dass viele Betroffene die nötige Behandlung gar nicht, oder oft sehr spät erhalten haben. Dieser Mangel hat PatientInnen vielfach gezwungen in den wahlärztlichen Bereich auszuweichen. Eine Möglichkeit, die Menschen mit geringem Einkommen verwehrt ist.

Die Chancen für eine bestmögliche medizinische Versorgung darf nicht vom Einkommen abhängig sein - es darf keine Zwei-Klassen-Medizin geben! Der schnelle Ausbau der Beratung und Behandlung psychischer Probleme ist daher ein Gebot der Stunde. „Koste es was es wolle“ muss auch auf diesem Gebiet die oberste Prämisse sein. Hier zu sparen, kann tödlich sein!

Antrag der KPÖ

Die KPÖ hat in der letzten Gemeinderatssitzung den Antrag gestellt, der Gemeinderat soll von der österreichischen Bundesregierung sowie von der steirischen Landesregierung fordern folgende Punkte umzusetzen: **1.** Eine rasche und flächendeckende Ausweitung eines kostenfreien psychologischen und psychothera-

Kriseninterventionsteam
0800/500 154
PSN
03512 44988

Kinderschutzzentrum
03512 75 74 1

Telefonseelsorge
142 

Go-On Suizidprävention
0664 88 69 40 95

Frauenhäuser
0316 42 99 00

Nein zur Airpower!

In den letzten Wochen wurde darüber spekuliert, ob es im nächsten Jahr eine Airpower geben wird. Die FPÖ hat sich klar dafür ausgesprochen. Wir halten allein schon den Gedanken an die Abhaltung der Airpower für absurd.

Für viele Menschen hat die Corona-Pandemie schon jetzt massive Auswirkungen. Die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme werden in den nächsten Monaten noch zunehmen. Geld für eine Waffenschau auszugeben ist untragbar.

Neben der Corona-Krise hat auch die Klimakrise nichts an Schärfe verloren. Hunderttausende Liter Treibstoff für ein Kurzzeit-Event in die Luft zu blasen ist unverantwortlich.

8: März, Internationaler Frauentag: Trotz Corona, Aktionen zum Frauentag fanden statt!

Der Internationale Frauentag wird weltweit seit 1911 am 8. März begangen. Sein Ziel war es von Anfang an Gleichberechtigung von Frauen und Männern herzustellen. Die KPÖ und der Bund Demokratischer Frauen erinnerten mit Aktionen daran, dass wesentliche Forderungen noch immer unerfüllt sind.

Seit der Corona-Krise sind die Lebensbedingungen für viele Menschen deutlich schlechter geworden. Wie so oft in unserer Gesellschaft sind Frauen besonders schwer betroffen. Deshalb war es für uns wichtig gerade jetzt in Aktionen zum Internationalen Frauentag auf die zahlreichen Probleme aufmerksam zu machen.



Aktion der KPÖ zum Internationalen Frauentag am Knittelfelder Hauptplatz.



Sonja Karimi, Renate Pacher,
Claudia Klimt-Weithaler, Josef Meszlenyi.

Die Beschäftigten im Handel, in der Pflege, im Dienstleistungssektor oder im sozialen und im pädagogischen Bereich werden als „systemrelevant“ bezeichnet. 78% der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sind Frauen, 72 % in pädagogischen Berufen. Auch im Handel arbeiten vor allem Frauen. Die körperlichen und seelischen Belastungen dort sind stark gestiegen, die Bezahlung ist aber nach wie vor ungenügend. Statt gerechter Entlohnung gibt es schöne Worte - die kosten nämlich nichts.

Auch am Arbeitsmarkt ist es für Frauen schwieriger geworden. Sie wurden häufiger gekündigt und finden auch schwerer eine neue Anstellung als Männer. Das wird sich auch auf die Höhe zukünftiger Pensionen und damit auf die Entwicklung der Altersarmut auswirken: Schon jetzt erhalten Frauen in Österreich im Schnitt um 40 % geringere Pensionen als Männer.

Ein Großteil der zusätzlichen Familienarbeit im Lockdown wird von Frauen getragen. Neue Belastungen durch Homeoffice und Homeschooling sind hinzugekommen. 62 zusätzliche Stunden in der Woche wenden Frauen in Österreich dafür auf, Männer 23 Stunden.

Die steirischen Frauenhäuser sind derzeit überlastet. Das bedeutet einerseits, dass die Fälle von häuslicher Gewalt angestiegen sind, andererseits trauen sich auch mehr Betroffene Hilfe zu suchen.

Diskriminierung ist kein Naturgesetz!

Die Geschichte zeigt, dass Frauen immer wieder für ihre Rechte kämpfen mussten. Wer davon ausgeht, dass es alle Menschen schaffen können zumindest ein gutes Leben zu führen, wenn sie nur tüchtig und zielstrebig genug sind, irrt gewaltig. Denn es gibt ungleiche Voraussetzungen, je nach Herkunft und Geschlecht.

Die Diskriminierung von Frauen hat zwar im Kapitalismus System, sie ist aber kein Naturgesetz! Man kann sie überwinden und deshalb werden wir uns auch weiterhin konsequent für eine echte Gleichberechtigung und Gleichstellung einsetzen!

Was wir brauchen!

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes!
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Ausbau von Einrichtungen zum Gewaltschutz!
- Einen finanziellen Bonus für Alleinerziehende!
- Ein Arbeitsmarktpaket für Frauen!
- Mindestlehrlingsentschädigung in allen Branchen!
- Verpflichtende Väterkarenz!

Raiffeisenbank
Aichfeld



Lärmbelastung - leider ein Dauerbrenner



Der Eurofighterlärm belastet das ganze Aichfeld. Seitdem alle Einsätze von Zeltweg aus geflogen werden ist die Situation noch schlimmer.

Angesichts der Corona-Krise sollen wir die Unsummen, die die Flugeinsätze kosten, für Dinge ausgeben die wir dringend brauchen. Vor den Gemeinderatswahlen haben die SPÖ-Bürgermeister versprochen die Lärmbelastung nicht hinnehmen zu wollen. Nach den Wahlen ist Widerstand kein Thema mehr.

Red Bull Ring: Tagelange Lärmbelastung
Massiver Lärm am Osterwochenende und gleich darauf fünf Tage lang Dauerlärm. Das ganze Aichfeld wurde beschallt, sogar bei geschlossenen Fenstern gab es kein Entrinnen. Trotz Corona-Lockdown kann eine kleine Elite am Red Bull Ring fahren - ohne Rücksicht auf die Bevölkerung.

Lärm bedroht die Gesundheit, angesichts der Klimakrise braucht es neue Antworten, auch auf den Motorrennsport. Trotzdem sind die BürgermeisterInnen und die LandespolitikerInnen von SPÖ und ÖVP nicht bereit die Probleme ernsthaft aufzugreifen.

Integration -

Das Reizwort für die FPÖ

In der Zeitung der Stadtgemeinde hatten alle Parteien Gelegenheit zum Gemeindebudget 2021 Stellung zu nehmen. Die FPÖ benutzte diese Möglichkeit um Stimmung gegen MigrantInnen zu machen.

„**Der** erschreckend hohe Anteil von ➔

➔ *Volksschülern nichtdeutscher Muttersprache in Knittelfeld beläuft sich mittlerweile auf fast 57 Prozent!*“, war zu lesen. Ein Thema, das schon oft im Gemeinderat diskutiert wurde. Dabei wurde immer genau erklärt, dass Kinder automatisch in diese Gruppe fallen wenn die Mutter nicht Deutsch als Erstsprache hat. Über die Deutschkenntnisse des Kindes sagt das gar nichts aus. Selbst ein Kind mit perfekten Deutschkenntnissen fällt in diese Gruppe.

Laut FPÖ werden die „katastrophalen Auswirkungen auf das Bildungsniveau unserer Kinder“... „durch eine über die Jahre fortlaufende Erhöhung der integrativen Zusatzbetreuung ersichtlich.“ Nur die „integrative Zusatzbetreuung“ hat weder mit der Schule noch mit Migration etwas zu tun.

Die „integrative Zusatzbetreuung“ bezeichnet Leistungen für Unterstützungsmaßnahmen für Kindergartenkinder mit Behinderungen. Diese Leistungen werden nach dem Behindertengesetz bewilligt und sollen die frühzeitige bestmögliche Entwicklung behinderter Kinder fördern. Für die FPÖ ist Integration offensichtlich so ein Reizwort, dass sie sich dieses Wort nur in einem negativen Zusammenhang denken kann.

Steiermärkische
SPARKASSE

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

MITMACHEN!

ÄNDERE DIE WELT - SIE BRAUCHT ES!

Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten.

UNSERE STÄRKE:

SOLIDARITÄT!

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Ukraine: Die Kriegsgefahr in Europa steigt

In der Ukraine schwelt seit 2014 ein Bürgerkrieg. In den vergangenen Wochen wurde uns dieser Konflikt wieder in Erinnerung gerufen. Ein Konflikt der das Potenzial hat sich zu einem Krieg auszuweiten - und der findet dann in Europa statt.

Zur Geschichte: 2014 wurde die gewählte Regierung nach Unruhen in Kiew und anderen Städten auch mit westlicher Hilfe gestürzt. Die neuen Machthaber waren anti-russisch ausgerichtet, daher kam es in Folge zu Unruhen in den mehrheitlich russisch besiedelten Gebieten der Ukraine.

Zwei Regionen, Donezk und Lugansk, haben sich als unabhängig erklärt und diese Unabhängigkeit mit russischer Unterstützung behauptet. Die Halbinsel Krim, historisch ein Teil Russlands, ist der Russischen Föderation beigetreten. In einer Volksabstimmung, an der 87 Prozent der Bevölkerung teilgenommen haben, haben fast 97 Prozent für diesen Schritt gestimmt.

Viele Gespräche konnten bisher keine Lösung bringen. Im März dieses Jahres hat der ukrainische Präsident ein Dekret unterzeichnet, wonach es nun die offizielle Leitlinie der ukrainischen Aussenpolitik sei die Krim von Russland zurückzuholen. Auf der Krim haben 77 % der Bevölkerung Russisch als Muttersprache und dort liegt in Sewastopol auch der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte,

Ukrainische Militärs drängen darauf in die abtrünnigen Republiken Donezk und Lugansk einzumarschieren. Besondere Brisanz hat die Lage auch dadurch, dass die Ukraine immer stärker in die Nato drängt, die seit dem Zusammenbruch des Sozialismus - trotz gegenteiliger Zusagen - immer näher an die russische Grenze vordringt.

Russland hat Truppen an der Grenze zusammengezogen. Die USA liefern Waffen in die Ukraine. Wenn es zu einem größeren Krieg in der Ukraine kommt, findet dieser in Europa statt. Die Ukraine liegt geographisch näher als Frankreich. Geht die NATO, mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden, auf Konfrontationskurs mit Russland wird daraus ein Konflikt der Atommächte.

Der Frieden in Europa muss bewahrt werden! Dafür braucht es die Lösung der Konflikte mit nicht-militärischen Mitteln und keine Einmischung von außen. Es bräuchte eine kollektive Sicherheitsstruktur unter Einbindung Russlands. Ein Österreich das seine Neutralität ernst nimmt, könnte dazu einen Beitrag leisten.

Atomarer Wahnsinn ☠

Der ukrainische Botschafter in Deutschland fordert lautstark Waffenhilfe von der NATO und will sogar über eine Atombewaffnung(!) der Ukraine nachdenken.



Eine Stationierung solcher Waffen an der Grenze Russlands bringt die Welt in eine gefährliche Situation. Stellen sie sich vor, ein Land würde vor der Haustür der USA Atomwaffen stationieren. Das würden die USA niemals zulassen.

Ein solches Szenario hat uns vor 60 Jahren, in der Kuba-Krise schon an den Rand eines Weltkriegs gebracht, der nur durch ein Einlenken der Sowjetunion abgewendet werden konnte.

Dass VertreterInnen der Ukraine Atomwaffen ins Spiel bringen können und es dabei keinen internationalen Aufschrei gibt ist beängstigend und ein Skandal.



Ich sehe die Erde. Sie ist so wunderschön!

*Juri Gagarin,
Erster Mensch
im Weltall*

Wir alle sind verpflichtet sie zu bewahren!



Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at



Wohnung zu vermieten
Hochhaus
Sandgasse 8, ca. 68 m²
Anfragen:
0676 79 96 811

Undurchsichtiges Millionengeschäft: Aufträge für Impfungen und Tests an Privatfirma vergeben!

Allgemein herrscht in Österreich ein Impfchaos mit viel zu wenig Impfdosen, undurchsichtigen Reihungen oder ständig besetzten Auskunftsnummern. Die Bundesregierung hat bei der Organisation nicht einmal die Österreichische Gesundheitskasse eingebunden, obwohl dort die Daten aller Versicherten bereits vorhanden sind. Besonders schlimm ist die Situation aber in der Steiermark



Die Steiermark hat von allen Bundesländern den größten Rückstand bei den Corona-Impfungen. Statt auch hier bestehende Ressourcen, wie Gemeinden oder gemeinnützige

Organisationen zu nutzen, wurde ein privates Gesundheitsunternehmen beauftragt, Massentests und Impfungen durchzuführen – dort fehlt aber das Personal.

Nicht nur die Massentests, auch die Impfungen wurden an die Firma Kastanienhof übertragen, die in Graz eine Privatklinik betreibt. Da dieses Unternehmen gar nicht über das nötige Personal verfügt, um alle Tests und Impfungen durchzuführen, werden Drittfirmen beauftragt – an den Teststraßen meist das Rote Kreuz - das dem Vernehmen nach bei der Ausschreibung gar nicht berücksichtigt wurde.

Verträge offenlegen!

Diese Vorgänge werfen viele Fragen auf, die die KPÖ in Form einer Anfrage an die zuständige Landesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) gerichtet hat. Unter anderem verlangt die KPÖ eine Offenlegung der Ausschreibung und der Verträge. Unklar ist, wer über-

haupt zur Angebotslegung eingeladen wurde. Auch ist unklar, welche Qualifikationen beim eingesetzten Personal vorausgesetzt werden und wie es rekrutiert und bezahlt wird. Bis jetzt ist die Landesrätin die Antwort auf diese Fragen schuldig geblieben.

Kosten sind geheim

Es ist schon fragwürdig genug, dass das Land auf eine private Firma zurückgreift um die Tests und Impfungen durchzuführen. Dass dann die Wahl auf ein Unternehmen fiel, das wegen Personalmangel selbst eine weitere Firma braucht ist ungeheuerlich. Die Verträge und die Ausschreibung sind geheim. So weiss man auch nicht wieviel an die Privatfirma bezahlt wird. Es liegt der Verdacht nahe, dass sich hier jemand auf Kosten der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer eine goldene Nase verdient.

Monatelang haben die Bundesregierung und die Länder getrommelt, dass die Impfung der Ausweg aus der Corona-Krise sei. Es werden gewaltige Staatsschulden angehäuft, bis jetzt rund 60 Milliarden Euro, die irgendwann einmal zurückgezahlt werden müssen. Laut WIFO kostet ein Tag der Corona-Krise volkswirtschaftlich 190 Millionen Euro - vom menschlichen Leid, den Überlastungen und Problemen und den vielen gefährdeten Existenzen ganz zu schweigen.

Unverantwortliche Entscheidungen

Es wäre also die Aufgabe der Regierung alles zu tun um möglichst viele Impfdosen zu erhalten und den Ablauf der Impfungen optimal zu organisieren damit die Pandemie so kurz wie möglich dauert. Stattdessen werden immer mehr Bestellpannen bekannt und in der Steiermark lässt die Landesregierung ein Privatunternehmen Profit machen, das gar nicht selbst über die nötigen Ressourcen verfügt um einen optimalen Ablauf zu gewährleisten. Das ist ein fahrlässiger Umgang mit unserer Gesundheit und mit Steuergeldern!

Kein Profit mit der Pandemie! Impfstoffe müssen patentfrei werden!



Es wäre möglich schneller Corona-Impfstoffe zu produzieren wenn die Patente aufgehoben werden würden. Regierungen könnten und sollten dies einfordern. Denn Milliarden an Steuergeld fließen in die Grundlagen-

forschung, in die Förderung von Impfstoffherstellern und später in den Einkauf der Impfstoffe.

Die Pharmakonzerne werden mit Milliarden überschüttet, dabei kennt man weder die tatsächlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, noch die Kosten der Produktion pro Dosis und erst recht nicht die unterschiedlichen Konditionen für die Länder

oder, ob die Hersteller wirklich komplett für Nebenwirkungen und Produktfehler haften.

Die WHO hat die Pharma-Konzerne aufgerufen Patente und Daten in einen gemeinsamen Pool einzuspeisen. Bis heute ist kein Unternehmen dieser Aufforderung gefolgt. Eine Pandemie kann nur global beendet werden. Deshalb sollten Impfstoffe Gemeingüter und die Patente aufgehoben werden.

Der Landtagsantrag der KPÖ, das Land solle die Bundesregierung auffordern alle Maßnahmen zu ergreifen um eine Erhöhung der Produktionskapazitäten für Impfstoffe gegen COVID-19 zu ermöglichen und in Richtung der Aufhebung des Patentschutzes wirken wurden von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen abgelehnt.